

# Bundestagswahl ~~2017~~



/// Einführung

## DIE BUNDESTAGSWAHL 2017

**THOMAS REINER** /// Am 24. September wählt Deutschland seinen 19. Bundestag. Für die Politischen Studien Grund genug, sich mit diesem ganz aktuellen Thema noch vor der Wahl zu befassen.

Lesen Sie in einem Interview mit der Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung, Ursula Männle, u. a. die Antwort auf die Frage, warum man sich überhaupt an Wahlen beteiligen sollte. Aus ihrer Sicht ist nämlich nur derjenige berechtigt, am politischen Diskurs mitzuwirken, der auch eine Wahlentscheidung trifft (S. 9).

Unsere im Frühjahr vorgestellte Studie „Parteien und Parteiensystem auf dem Prüfstand“ hat festgestellt, dass die Bürger durch auftretende Krisen und deren

Berichterstattung vermehrt Interesse an der Politik haben. Dem stehen aber eine zusehends selektive Wahrnehmung und die Suche nach Bestätigung sowie die zunehmende Unübersichtlichkeit und Gegensätzlichkeit der Informationsquellen gegenüber. Im Ergebnis liegt also ein Paradoxon vor: Nämlich, dass das Politikinteresse zwar steigt, die Menschen sich aber trotz scheinbar durchgängigen Zugangs zu Informationen dennoch schlechter informiert fühlen. Darüber hinaus könnten die vielfäl-

**Der Bürger hat heute ein GRÖßERES politisches Interesse, fühlt sich aber gleichzeitig immer schlechter informiert.**

tigen Beteiligungsmöglichkeiten am politischen Prozess über die sozialen Medien zwar zu einer Zunahme politischer Beteiligung führen. Allerdings droht die Gefahr, dass politische Entscheidungen nicht mehr als Ringen um das Beste gesehen werden, sondern als Umsetzung der ausschließlich eigenen Vorstellungen. Das wiederum könnte zu einem Erstarren in der eigenen Filterblase führen. Dieses Ergebnis unterstreicht die Bedeutung politischer Bildungsarbeit, der wir uns auch in Zeiten widmen müssen, in

denen die vielfältigsten Informationsquellen nur so sprudeln.

Das betrifft auch die Auseinandersetzung mit aktuellen Trends bei Wahlkämpfen, denn diese gehen zwingend mit Wahlen einher. Die Kommunikationsexperten bei unserer Veranstaltung Polis.Digital17 waren zwar übereinstimmend der Ansicht, dass der traditionelle Wahlkampf mit Plakaten, Infoständen, Veranstaltungen und dergleichen trotz fortschreitender Digitalisierung nach wie vor aktuell und essenziell für eine Kampagne sei. Dennoch müsse dem Wahlkampf auf den digitalen Kanälen auch in Deutschland mehr Bedeutung zugemessen und Beachtung geschenkt werden. Damit beschäftigt sich grundlegend der Artikel „Wahlkampf im Netz“ von André Haller (S. 12). In diesem Zusammenhang ergeben sich durch das Internet einerseits Chancen wie z. B. eine aktuelle, direkte Kommunikation. Das kann auf der einen Seite ein Vorteil sein,

auf der anderen Seite aber auch eine Gefahr darstellen. Vor allem aufgrund der Verbreitungsgeschwindigkeit von Nachrichten und der großen Masse an erreichbaren Menschen könnten bewusst gestreute Unwahrheiten, sogenannte „Fake News“, eine Wahlentscheidung durchaus beeinflussen. Mit „Social (Ro-) Bots“, also Programmen, die in sozialen Netzwerken menschliche Verhaltensmuster nachahmen und so echte Menschen als Absender von Nachrichten vortäuschen, kann ebenfalls Stimmung gemacht werden. Dabei nutzen „Social Bots“ künstliche Intelligenz und eine profunde Datenanalyse. Darum geht es u. a. im Beitrag von Markus Kaiser (S. 22). Entsprechende Auswirkungen werden als kaum messbar bezeichnet.

### **Wählen gehen ist eine moralische und demokratische „BÜRGERPFLICHT“.**

Egal, ob analoger oder digitaler Wahlkampf: Fest steht, dass die Bundestagswahl am 24. September stattfindet. Und fest steht auch, dass sich möglichst viele an der Wahl beteiligen und von ihrem wichtigen, verfassungsmäßig eingeräumten Wahlrecht Gebrauch machen müssen. Denn eine Wahlenthaltung hilft im Zweifel den Falschen, weil demokratische Parteien so geschwächt werden und eine geringe Wahlbeteiligung die Legitimität einer Wahl ganz grundsätzlich in Frage stellen kann, worauf Ursula Männle in ihrem Interview völlig zu Recht hinweist.

Die zuvor bereits genannte Studie bezeichnet als wichtige Themen die Innere Sicherheit und die Herausforderungen, die mit der Aufnahme von Geflüchteten einhergehen. Einigkeit besteht darüber, dass Sicherheit eine freie Gesellschaft erst möglich macht. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit als eine der Kernaufgaben des Staates steht vor neuen und zunehmenden Herausforderungen. Wie diese Aufgabe erfüllt wird, ist ein wichtiges und umstrittenes Feld der Politik. Mit diesem auch die Wahlentscheidung beeinflussenden Thema beschäftigt sich die Analyse „Terroristische und extremistische Bedrohungen – zentrale Herausforderungen für die Innere Sicherheit“ des Politikwissenschaftlers Udo Baron. (S. 32). Dieser warnt u. a. auch vor Gefahren von „Informationskriegen“ durch Cyber-Attacks und Fake-News. Und der Experte Stefan Luft widmet sich dem ebenfalls auch in Zukunft sehr wichtigen Thema „Migration und Integration“ (S. 42). ///



/// **THOMAS REINER**

**ist Leiter der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung, München.**